Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze!

Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wir setzen uns ein für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung. Wir wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung darauf angewiesen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Deshalb sind uns die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Kohle und der Autoindustrie nicht egal.



Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze: Die Uhr tickt!

Wir wissen aber auch, dass es so nicht weitergehen kann. Der CO₂-Ausstoß ist bedrohlich angestiegen. Die Verstromung der Kohle und der motorisierte Individualverkehr heizen das Klima dramatisch an und führen weltweit zu Wetterextremen und der Vernichtung von menschlichen Existenzen. Wir können nicht so tun, als ginge uns das nichts an.

Das Ende der fossilen Ökonomie darf allerdings nicht auf Kosten der Beschäftigten in den verschiedenen Branchen gehen. Deshalb erwarten wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von unseren Interessenvertretungen auch, dass sie aktiv Konversionsprogramme, eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich vorantreiben.

Revier Appell

Der aktuell kursierende *Revier-Appell* von IGBCE und ver.di ist unseres Erachtens nicht der richtige Weg, mit diesem Thema umzugehen. Er enthält zwar berechtigte Forderungen nach einem regionalen Strukturentwicklungskonzept mit ausreichender Finanzierung, verlangt aber, dass die vom Bund eingesetzte "Kohlekommission" kein Ausstiegsdatum festlegt. Es ist vom "verfrühten, von Symbolpolitik getriebenen Abschalten" und vom "überhasteten, unkontrollierten Ausstieg aus der Kohle" die Rede, als hätten die Unterzeichner erst jetzt zum ersten Mal von Klimawandel gehört. Mit überhöhten Zahlen von gefährdeten Arbeitsplätzen wird ein Katastrophenszenario herbeigeschrieben. Wir meinen, dass erneuerbare Energien Arbeitsplätze schaffen und es auch stolz machen kann, die Zukunft der Reviere aktiv zu gestalten, statt an einem Wachstumsgedanken von vorgestern festzuhalten. Wir verstehen die Sorgen der Beschäftigten, halten aber eine rückwärtsgerichtete Orientierung angesichts der Verfehlung der Klimaziele nicht für vertretbar.

Der Appell ignoriert außerdem komplett die Interessen der Anwohner*innen, indem er den Begriff "Heimatregion" ausschließlich mit den Interessen der Beschäftigten und der Unternehmen belegt. Die Bewohner der von RWE abgebaggerten Dörfer können demnach ruhig ihre "Heimat" verlieren.

Keine Kriminalisierung der Klimabewegung!

Wir möchten klarstellen, dass die im Appell veröffentlichte Position in den Gewerkschaften nicht unumstritten

ist. In vielen Gremien finden Diskussionen darüber statt. Auch deswegen finden wir es vollkommen verfehlt, die Klimagerechtigkeitsbewegung als gewaltbereit zu diskreditieren, wie es in Flugblättern von ver.di und IGBCE derzeit geschieht. Die Klimaaktivist*innen hingegen suchen den solidarischen Kontakt mit den Beschäftigten. Ihr Protest sei nicht gegen sie gerichtet, betonen sie in Flugblättern. Gewerkschaften und Klimabewegung sollten zusammenkommen und für eine gute Umwelt und gute Alternativen kämpfen. Denn auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.



Kontakt: Klimagewerkschafter@bwup.de